



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER SIEBENUNDZWANZIGSTEN
SITZUNG
DES KONVENTS DER 33

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA VENTISETTESIMA
RIUNIONE
DELLA CONVENZIONE DEI 33

vom 30.06.2017

del 30/06/2017

Präsident

Dr. Christian Tschurtschenthaler

Presidente

Ore 18.10 Uhr

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Heute haben wir die 27. und letzte Sitzung dieses Konvents der 33. Ich beginne diese Sitzung mit einem großen Dankeschön. Ein großes Dankeschön an jeden Einzelnen von euch für euer Dabeisein, aber das Dabeisein wäre zu wenig. Ich danke jedem Einzelnen für seine aktive und konstruktive Beteiligung an diesem interessanten Prozess, den wir seit April letzten Jahres gemacht haben. Ich möchte ein Dankeschön unseren zwei Juristinnen und dem Juristen aussprechen. Ich möchte nicht wissen, wie viele Stunden sie zusammengesessen sind, um aufgrund der vielen Wortprotokolle dieses Schlussdokument zu erarbeiten. Vielen Dank! Dann möchte ich dem Team der EURAC danken, Frau Elisabeth Alber, Frau Verena Ohnewein und Marc Röggl. Danke auch euch für die gute Begleitung, wobei eure Arbeit noch nicht zu Ende ist. Das eine oder andere wird auf euch noch zukommen. Herzlichen Dank auch den Übersetzerinnen und den Männern der Technik. Zu guter Letzt bekommt von uns dreien ein herzliches Dankeschön Frau Helene Zublasing, denn Sie haben mit uns einiges mitgemacht, aber ich denke, wir haben dieses Jahr und einige Monate gut zusammen gearbeitet. Wir sind ohne blaue Flecken davon gekommen. Ich denke, Frau Zublasing ist uns bei den vielen Vorbereitungssitzungen auch immer wieder zur Seite gestanden. Die vielen E-Mails, die vielen Telefonate, die im Sekretariat vom Autonomiekonvent eingegangen sind. Es war sehr, sehr viel. Ich spreche jetzt noch einen persönlichen Dank Hubert Peintner aus, der mir immer wieder mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist. Herzlichen Dank!

Etwas möchte ich nicht vergessen, die Reisespesen. Es haben nur sehr wenige bisher die Abrechnung der Reisespesen gemacht. Ich bitte bei Frau Zublasing diese Formulare abzuholen, damit Sie die Spesen abrechnen können.

Wir als Präsidium werden in der nächsten Woche ein Schreiben an das Landtagspräsidium richten, wo wir berichten, dass die Arbeiten des Konvents abgeschlossen sind und dass es der Wunsch des Konvents der 33 ist, entsprechend dem Landtag in einer Sondersitzung Bericht zu erstatten.

In vielerlei Hinsicht haben wir neues Terrain beschritten. Wir waren Pioniere mit dem Mut auch Fehler zu machen, aber mit dem gemeinsamen Willen, die Autonomie des Landes durch diesen Prozess, durch die Partizipation, durch die Information, durch die öffentliche Diskussion, aber auch durch unsere Ergebnisse zu stärken. Ich gestehe, dass bestimmte Prozedurfragen, speziell das Konsensprinzip ...und wenn wir heute noch einmal neu beginnen müssten, dass wir sicher einige Tipps hätten, wie das Gesetz anders geschrieben

werden sollte. Das haben wir nun aber alles hinter uns. Die kleinen Kinderkrankheiten, die da waren, haben wir alle gut gemeistert. Es war ein langer und intensiver Weg, eine intensive Zeit, wo wir zusammen gearbeitet haben, zusammen gelacht haben und gemeinsam unsere Auseinandersetzungen hatten. Ich will klar aufzeigen, dass es ab und zu intensive Auseinandersetzungen waren, dass diese aber immer professionell - und was mir wichtig ist, aufzuzeigen - im gegenseitigen Respekt abgewickelt wurden. Ich möchte Ihnen allen auch dafür danken, dass Sie den Mut hatten, jene Themen anzusprechen, die in der Politik auch als "heiße Eisen" bezeichnet werden. Ich weiß, dass es sehr schwere Themen sind und dass sich viele nicht leicht getan haben. Es wäre zu leicht gewesen, bestimmte Themen einfach nicht anzusprechen. Ich glaube dieser Mut soll auch noch einmal unterstrichen werden. Dass wir auch den Mut hatten, Themen anzusprechen und in Diskussion zu setzen. Das Besondere dieses langen Prozesses war, dass jeder von uns dazu gewonnen hat, indem er dem anderen zugehört hat, dem anderen auch in seiner anderen Position zugehört hat und darüber reflektiert hat und in der Diskussion, im Gespräch - das Schlussdokument zeigt es - ist sehr, sehr viel Wertvolles entstanden; zum Beispiel das Spannungsverhältnis Christentum und Laizismus, das Thema Region, das Thema Selbstbestimmung. Es war wichtig trotz allem, dass es gewisse Bruchlinien gab und gewisse Themen nicht von allen mitgetragen werden konnten, was auch verständlich ist, aber es war wichtig, dass wir sie hier in dieser Runde auch diskutiert und besprochen haben. In den letzten ein, zwei Wochen muss ich eingestehen, habe ich sehnsüchtig auf die vorletzte Sitzung, 16. Juni, und besonders auf heute, den 30. Juni, gewartet, dass wir zum Abschluss kommen können. Heute Früh bin ich schon um 2.00 Uhr aufgewacht. Da war der Konvent. Auch das, was wir intensiv diskutiert haben, ist mir heute Nacht noch durch den Kopf gegangen. Ich habe gesagt, spätestens heute um 9.00 Uhr abends bringen wir einen wertvollen Prozess für unser Land für die Weiterentwicklung unserer Autonomie zu einem Endpunkt. Der Endpunkt wird dann sein, wenn wir entsprechend das Papier und die Minderheitenberichte dem Landtag präsentieren werden.

Ich hatte als Präsident das Ziel, ein Dokument zu schaffen, das einen Fortschritt und eine Weiterentwicklung der Autonomie unseres Landes darstellt, und zwar sprachgruppenübergreifend in einem gemeinsamen Dokument. Mir ist es wichtig, dass in diesem Schlussdokument viel Gemeinsames im Vordergrund steht, viel Gemeinsames vor den Trennenden. Das ist mir wichtig hervorzuheben und zu unterstreichen! Die Diskussion um die Präambel hat in meinen Augen die konstruktive Arbeit der vielen Monate, ... ja es war eine Präambel gefüllt mit politischen Inhalten. Aber ich möchte allen bescheinigen, dass die Diskussion im Konvent zur Präambel trotz verschiedener Sichtweisen eine konstruktive war. Was ich bereits das letzte Mal aufgezeigt habe, was leider der Fall gewesen ist, dass gewisse Medien versucht

haben, das Trennende in den Vordergrund zu stellen. Es wurden oft Dinge hinein interpretiert, die so nicht gesagt worden sind. Das hat in meinen Augen die gesamte Sache stark emotionalisiert und hat vieles Gemeinsame zeitweise vergessen lassen. Wahrscheinlich hat auch das eine oder andere dazu geführt, Minderheitenberichte ein bisschen anders zu schreiben. Ich kann aber berichten, zum Glück wird nächste Woche eine Zeitung einen Bericht über den Konvent der 33 schreiben, wo speziell das Geglückte, das Gelungene in den Vordergrund gestellt wird. Ich finde schön und wichtig, dass sich ein Medium dies zur Aufgabe gemacht hat, das was alles funktioniert hat, darzulegen. Der Konvent ist ein Hilfsorgan des Landtages. Im Schlussdokument und den vier Minderheitenberichten lese ich doch sehr viele Übereinstimmungen heraus. Das werden wir dann auch dem Landtag übergeben und das wird eine gute Grundlage für den Landtag sein, auf der Basis des Abschlussdokumentes und der Minderheitenberichte die Arbeit aufzunehmen zur Weiterentwicklung der Autonomie zum Wohle der Menschen dieses Landes.

Ich bitte jetzt Frau Dr. Happacher um eine kurze Ausführung dessen, was jetzt in diesem Enddokument im Vergleich zu dem vom 16. Juni abgeändert worden ist. Bitte.

HAPPACHER Esther: Danke Herr Vorsitzender. Mir kommt nun die Aufgabe zu, Ihnen vorzustellen, was gegenüber der Fassung vom 16. Juni geändert und eingefügt worden ist. Ich gehe entsprechend der Gliederung vor. Wir haben im Bereich der Präambel eingefügt, dass vorgeschlagen wurde, eine ausdrückliche Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht und haben auch einen Textvorschlag dort eingefügt und darauf hingewiesen, dass einige Mitglieder dieser Bezugnahme nicht zugestimmt haben, wie sich auch aus den Minderheitenbereichten ergibt.

Eine weitere Einfügung und Ergänzung, die sich aus der Diskussion des 16. Juni ergeben hat, betrifft die Rolle der Region. Hier haben wir eingefügt, dass Konsens besteht, dass die Region in der heutigen Form überholt ist. Das ist sehr klar herausgekommen.

Die nächste Ergänzung und Einfügung betrifft den Bereich des Minderheitenschutzes. Hier wurde eingefügt, dass sich einige Mitglieder des Konvents für eine mehrsprachige Schule ausgesprochen haben. Das wurde das letzte Mal muniert.

Im Bereich der Ladiner haben wir insbesondere eingefügt, dass der Konvent dahingehend Konsens erzielt hat, eine gemeinsame Plattform für alle Mitglieder der Gemeinschaft der Dolomiten-Ladiner zu fördern und dass der Konvent ein besonderes Interesse an Maßnahmen für die drei Dolomiten-ladinischen Gemeinden Buchenstein, Verseil und Hayden gezeigt hat.

Eine letzte Ergänzung, Einarbeitung und Überarbeitung war im Bereich der Finanz- und Steuerautonomie. Hier haben wir insbesondere das wertvolle Dokument der Arbeitsgruppe, die Andreas Widmann geleitet hat, eingearbeitet, damit haben wir die Formulierungen vom letzten Mal überarbeitet, ergänzt und ausgebaut.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Jetzt besteht noch die Möglichkeit, eine kurze Stellungnahme zum Enddokument zu machen. Damit Sie wissen, wie es jetzt abläuft: Es wird eine kurze Schlussrunde mit Stellungnahmen zum Enddokument geben. Dann werden die Einbringer der Minderheitenberichte auch eine kurze Zeit zur Verfügung haben, um etwas zu ihren Berichten zu sagen.

DURNWALDER Luis: Ich möchte sagen, dass die Juristen das Problem Selbstbestimmung recht funktioniert umschrieben haben, das geht für mich so in Ordnung. Auch was die Region anbelangt, bin ich der Meinung, dass mehr oder weniger das wiedergegeben worden ist, was hier gesagt worden ist. Das gilt auch für das Regierungskommissariat. Nur bei den Kompetenzen sind einige Dinge nicht drin, die letztes Mal nicht diskutiert worden sind, weil wir uns mit dem Selbstbestimmungsrecht und mit anderen institutionellen Organen befasst haben. Deshalb möchte ich ersuchen, dass man drei, vier Punkte, die auf jeden Fall gesagt worden sind, hinzufügt. Diese waren in meinem Dokument drinnen und sind nicht wiedergegeben worden. Ich möchte diese jetzt aufzählen. Ich bin der Meinung, dass bei den Landesgesetzen die AKB nicht angewendet werden darf. Das AKB ist angeführt, aber das nationale Interesse nicht. Wir wissen, wie viele Gesetze vom Gerichtshof rückverwiesen worden sind mit der Begründung, dass das nationale Interesse verletzt wird.

Bei den Gerichten bin ich der Meinung, dass man sagt, wenn es möglich ist, eigene Gerichte, selbständige Gerichte sollen in Bozen errichtet werden. Wenn es heißt unabhängig, dann heißt das, dass sie schon selber arbeiten können, aber ich hätte lieber, wenn man sagt: eigene Gerichte, d. h. dass in Trient und Bozen die gleichen Gerichte errichtet werden.

Bei der Landwirtschaft, Import von geschützten Tierarten, die sogenannten CITES-Bescheinigungen, da gibt es bereits ein Abkommen zwischen Staat und dem tierärztlichen Dienstes des Landes. Das soll in die Zuständigkeit des Landes übergehen und soll nicht nur an einen Beamten des Landes delegiert werden.(Mikrofon funktioniert nicht)da bin ich der Meinung, dass man hineinschreiben sollte: Schul- und Hochschulbauten und dass man dazugibt: Studentenheime im In- und Ausland. Sie wissen, dass wir uns beim Bau der Studentenheime im Ausland, in Innsbruck und Wien, beteiligen wollten. Das ist abgelehnt

worden, weil man gesagt hat, dass man im Ausland keine Strukturen errichten darf. Aber wenn wir schon die Europaregion Tirol haben, dann müsste das auch verankert sein, dass wir in Innsbruck gemeinsam mit dem Bundesland Tirol ein Studentenheim mitfinanzieren können, natürlich mit den entsprechenden Rechten und Pflichten.

Dann noch zwei Dinge: Das Recht der Mitsprache auf staatlicher Ebene auf all jenen Bereichen, wo das Land Zuständigkeiten hat, d.h. die einzelnen Staaten werden oft aufgefordert, dass sie Gutachten zu den EU-Maßnahmen abgeben müssen. Es ist nicht gerechtfertigt, dass der Staat, in den Bereichen, wo wir die Zuständigkeit haben, ein Gutachten für uns abgibt. In Österreich und Deutschland ist es so, dass dort auch die einzelnen Bundesländer herangezogen werden und dass sie ihre Meinung sagen können. Das müsste hinein!

Als Letztes möchte ich ersuchen, einen eigenen Absatz zu machen. Es ist nichts über die Kontrollen und die Verwendung der Strafgeelder gesagt worden. Es ist heute so, dass es in gleichen Bereichen konkurrierende Kontrollen vom Staat gibt wie zum Beispiel die Sanität. Da gibt es NOE, NAS und die Landesämter. Es kommt vor, dass zur gleichen Zeit zwei und drei verschiedene Körperschaften in einem Gastbetrieb auftreten, um die Kontrollen durchzuführen. Das ist nicht richtig. Wenn wir schon die Zuständigkeit in diesen Bereichen haben, dann müssen wir auch die Kontrollen durchführen können und die Strafgeelder sollten auch in die Landeskassa fließen, weil wir ja auch zuständig für den Bau und die Führung sind. Ich möchte ersuchen, dass man das einfügt, wo es hineinpasst. Ich glaube, es ist nur vergessen worden. Wenn Sie wollen, zeigen ich es Ihnen sogar schriftlich, dass ich das bei der ersten Sitzung abgegeben habe.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir werden aufgrund der Protokolle entsprechende Ergänzungen machen. Gibt es sonst noch Wortmeldungen? Bitte.

WIDMANN Andreas: Wenn niemand dagegen ist und es redaktionell noch möglich ist, bin ich mit allen Punkten außer einem von Luis Durnwalder einverstanden. Ich finde es technisch für nicht richtig, das nationale Interesse anzuführen, weil in dem System wie es im Papier die neue Klassifizierung als ausschließliche Kompetenz mit den einzigen Schranken "Prinzipien der Verfassung oder Verfassung EU-Recht, internationales Recht", im Prinzip ausreichend klar geregelt wäre und eine weitere Aufzählung immer eine Gefahr der Lücke mit sich bringt. Das ist meine Meinung dazu.

DELLO SBARBA Riccardo: Adesso non mi esprimo più su questo documento che è un documento della maggioranza, quindi se c'è la volontà di inserire le cose che ha voluto aggiungere il collega Durnwalder va bene, però faccio rilevare che noi avevamo detto che il 30 il documento doveva essere consolidato e questo anche perché in base al documento si fanno le relazioni di minoranza e invece se questo documento si muove continuamente e non è mai consolidato, allora bisogna corrergli dietro. Per esempio, consideravo prevedibili tutte le modifiche che avete portato e me le ero segnate, ovviamente c'era la grossa incognita della parte sul federalismo fiscale che non era molto chiaro come l'avreste interpretata, era un po' delegata a voi.

HAPPACHER Esther: C'era una proposta da parte nostra che poi è stata integrata e rielaborata.

DELLO SBARBA Riccardo: Diciamo che mentre per le altre modifiche riconosco le cose che mie ero appuntato, erano anche semplici, quindi erano abbastanza prevedibili nel momento in cui ho scritto la relazione di minoranza, devo dichiarare invece che per quanto riguarda la parte sul federalismo fiscale nella prima versione ero d'accordo per cui nella nostra relazione non è stata trattata, mentre in questa versione non lo so, non ho avuto tempo oggi di verificarla, la verificherò, ma volevo che fosse messo a verbale che questa parte è cambiata in maniera non prevedibile nel tempo in cui noi abbiamo scritto la relazione di minoranza e quindi su questo non riesco a esprimermi.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann kommen wir jetzt zum Punkt: Präsentation der Minderheitenberichte. Ich möchte dazu sagen, wir haben Ihnen das Schreiben von Olfa Sassi weitergeleitet, die heute nicht dabei sein kann, wo sie Stellung bezieht auch auf das Dokument von Laura Polonioli und Riccardo Dello Sbarba. Wir werden es jetzt so machen: Jeder/jede, die einen Minderheitenbericht gemacht haben, haben 5 Minuten Zeit, sein/ihr Papier kurz vorzustellen. Wenn noch jemand Darlegungen machen will, gibt es jetzt noch die Möglichkeit, bevor die Minderheitenberichte präsentiert werden.

HOCHGRUBER KUENZER Maria: Ich hätte nur eine Verständnisfrage. Werden die Vorschläge vom Altlandeshauptmann eingearbeitet?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das, was entsprechend in den Protokollen da ist, wird eingearbeitet.

Wenn es keine Stellungnahmen mehr gibt, dann gehen wir jetzt zu den Minderheitenberichten über. Wer möchte anfangen?

BIZZO Roberto: Chiedo la parola anche perché, come annunciato prima, a un certo momento questa sera dovrò allontanarmi per un problema personale. Vorrei collocare questo intervento a cavallo dei due punti all'ordine del giorno, nel senso che non intendo presentare il documento, che era a disposizione di tutti.

Vorrei però fare un breve ragionamento su uno dei temi che non ho affrontato nella mia relazione e che riguarda l'inserimento delle radici cristiane all'interno dello Statuto, o per lo meno il riferimento alle radici cristiane. Io sono una di quelle persone che ha iniziato ad occuparsi di politica da giovane, perché animato da quello spirito che molto efficacemente aveva sintetizzato Benigno Zaccagnini, il quale diceva "mi occupo di politica non in nome della mia fede per difendere la mia fede contro le altre fedi, ma a causa della mia fede", il che prevede il servizio in politica come una delle più alte forme di volontariato che si possano offrire alla propria comunità. In base a questo principio e alla declinazione in politica dei principi della politica sociale della Chiesa e di tutte le encicliche che ad essa sono collegate, nessuno ha mai posto all'interno degli organi istituzionali la propria fede come una bandiera da difendere. Allora vorrei dire una cosa, e la dico da cattolico praticante: io ovviamente non ho nulla contro le radici cristiane, però non vorrei che rimanessero solo le radici e che ci dimenticassimo l'albero, perché quelle radici hanno generato alberi, foreste e noi possiamo sicuramente inserire il riferimento alle radici cristiane, però se lo facciamo il Cristianesimo è una cosa severa per chi cristiano veramente è, e impone, una volta che ci si dichiara cristiani, di seguire i principi fino in fondo. Dico a tanti amici e a tanti colleghi con cui spesso discuto in Consiglio provinciale di politica dell'accoglienza: la nostra politica dell'accoglienza è congruente e conseguente al dichiarato riferimento alle radici cristiane? Le nostre politiche sul lavoro – faccio riferimento all'intervento di Papa Francesco l'altro ieri al congresso della CISL – sono congruenti e sono conformi alle radici cristiane e a quanto dice Papa Francesco? E allora dico: attenzione, e lo dico in modo laico, il riferimento alle appartenenze religiose è un riferimento forte, che va utilizzato con estrema cautela, ma una volta che lo si utilizza bisogna essere congruenti e conseguenti fino in fondo rispetto a quell'impegno solenne che si è preso. Questo era tutto quello che volevo aggiungere.

DELLO SBARBA Riccardo: Intervengo molto brevemente perché i documenti li avete. Comincio io poi continua Laura Polonioli sulla seconda parte della relazione. Come sapete io e Laura Polonioli abbiamo presentato in tutto 7 documenti e questa relazione non vi sarà suonata certamente nuova perché è la sintesi di questi documenti che nel corso di due anni e mezzo di lavori abbiamo presentato. Abbiamo seguito la scaletta, i titoli del documento finale anche se per noi il dissenso con il documento finale è anche nella scala delle priorità. Per non è così prioritario l'elenco delle competenze, è molto più prioritario il ragionamento sulla convivenza e quindi lo abbiamo messo per primo, però come titoli abbiamo seguito quelli lì, anche se l'ordine è un po' diverso.

Nelle considerazioni generali abbiamo cercato di mettere a verbale quelli che a noi sembrano essere stati limiti a posteriori sia della legge, sia del lavoro che abbiamo fatto, sia del mancato coordinamento tra la Convenzione e la Consulta di Trento, coordinamento che era previsto da una mozione che noi abbiamo approvato in Consiglio regionale e che poi l'ufficio di presidenza non ha attuato e questo mi secca particolarmente perché l'avevo votato. Poi sul preambolo abbiamo descritto i punti di riferimento: De Gasperi-Gruber, l'integrazione europea, la cooperazione transfrontaliera, e in più il tema della Convenzione delle Api.

Abbiamo cercato di fare un documento "caldo", cioè che non fosse solo tecnica giuridica, ma che desse anche dei valori, per esempio la Convenzione delle Alpi ancora una serie di valori e di obiettivi dell'area alpina e poi, non a caso, i temi dell'eguaglianza sociale ed economica, il tema di tutela dell'ambiente come è in diverse Costituzioni nuove, i diritti della natura e poi ovviamente i diritti delle minoranze ecc. Spieghiamo perché non ci sembra congruente il principio di autodeterminazione, non per una questione tattica, è meglio nascondere tra le righe, ma perché non crediamo che si possa applicare alla situazione del Sudtirolo. Poi la questione della libertà religiosa e quindi nessun riferimento di tipo religioso di qualsiasi genere nello Statuto.

Il terzo capitolo parla della tutela delle minoranze e della convivenza, e qui cerchiamo di dire che cosa è cambiato nei 45 anni che ci separano dal secondo Statuto, è cambiata la società, è cambiato il quadro, è cambiato anche il concetto di minoranza in Europa, che deve secondo noi essere affiancato a insieme alle tutele per la minoranza anche la libertà di scelta di chi vuole fare altre scelte. E quindi il tema delle nuove minoranze, dell'integrazione delle persone migranti, che sono quasi 50.000, il tema della scuola con la libertà di sperimentazione linguistica e anche la possibilità di sperimentare forme di scuola plurilingue, abbiamo ripreso una proposta del forum dei 100, ma che era anche la nostra, della libertà nel decidere quando fare la prima dichiarazione linguistica e quando farla senza penalizzazioni, la riduzione a un anno

della clausola di residenza per votare, una forma flessibile di proporzionale, diciamo quindi regolare la flessibilità perché quasi ogni martedì la Giunta provinciale fa delle eccezioni e flessibilizza la proporzionale e secondo noi bisogna cercare un meccanismo possibile per dare una certezza del diritto a questa flessibilizzazione, l'uso della lingua ladina fuori dalle aree ladine, dare la possibilità ai Consigli provinciali e comunali di poter usare la lingua ladina se lo vogliono, mettendola nel regolamento interno dei Consigli.

Sull'organizzazione istituzionale ovviamente il tema fondamentale era quello della regione, noi proponiamo una regione leggera, che però conservi potestà legislativa, conservi il Consiglio regionale, semmai riduca al minimo la Giunta regionale e sia il luogo istituzionale dove le due Province si coordinano, non vengono coordinate da un ente superiore della regione, ma su base volontaria le due province si coordinano, però emettendo atti di valore legislativo. Il tema poi dei cittadini e delle cittadine e della democrazia partecipativa rappresentativa e della democrazia diretta; questo tema della democrazia rappresentativa poi si riprende anche dopo, cioè dare più peso al Consiglio provinciale e su alcuni atti, per esempio la modifica della parte finanziaria dello Statuto, il titolo VI, oppure le norme di attuazione e prevedere un parere obbligatorio del Consiglio provinciale; individuare le forme della democrazia partecipativa, l'istruttoria pubblica, il Bürgerrat, il bilancio partecipativo e poi la democrazia diretta.

Questa parte sulla democrazia, e ho finito, e anche la questione della convivenza per noi si risolve in questa cosa, cioè che non solo sono cambiati lo scenario sociale ecc., ma è cambiato anche il potere della Provincia. Nel '72 il potere era sullo Stato, sulla Regione, è stato trasferito radicalmente sulla Provincia e secondo noi questa acquisizione di poteri da parte della Provincia dovrebbe portare da un lato a forme più aperte di convivenza, più moderne, più europee e quindi fondate sulla libertà, sul pieno sviluppo delle persone e quindi sui diritti anche individuali oltre a quelli collettivi e di gruppo, e dall'altro a forme più avanzate di democrazia, cioè quando questo potere dallo Stato e la Regione va alla Provincia, bisognerebbe trovare di modi per trasferire, cioè che poi la Provincia cedesse di nuovo una parte almeno di questo potere sia ai cittadini e alle cittadine che agli enti locali, i comuni innanzitutto e sui comuni do la parola a Laura Polonioli.

POLONIOLI Laura: Sui comuni noi abbiamo fatto una relazione di minoranza perché il documento finale ci è parso nella sua proposta un po' timido, abbiamo quindi voluto formulare una proposta più chiara e più esplicita, sottolineando con forza la necessità di valorizzare l'autogoverno locale soprattutto in questo nostro contesto di ampie competenze provinciali e, aggiungo, di buone disponibilità finanziarie e faccio degli esempi, quindi abbiamo proposto chiaramente e con forza il principio non solo di adeguatezza tra le funzioni

amministrative attribuite ai comuni e le rispettive risorse finanziarie, ma proprio di corrispondenza. Abbiamo proposto che ai comuni venga riconosciuto accanto ad un ruolo amministrativo, un ruolo politico, proponendo di introdurre nello Statuto il principio di partecipazione dei comuni alle scelte di programmazione provinciali che li riguardano, ad esempio per progetti di interesse provinciale particolarmente rilevanti. Abbiamo proposto con chiarezza che nello Statuto il Consiglio dei Comuni sia non solo menzionato, ma disciplinato negli elementi essenziali. Nel documento finale non vedo una proposta che era stata fatta anche dai sindaci presenti in Convenzione, cioè quella di prevedere che sulle decisioni provinciali esso possa avere un diritto di veto superabile con una maggioranza qualificata. Non c'è nel documento finale e per questo abbiamo fatto una relazione di minoranza. La proposta di riconoscere le particolari funzioni del comune capoluogo, sia sul piano della copertura finanziaria, sia per il diverso peso che secondo noi il comune capoluogo dovrebbe avere all'interno del Consiglio dei Comuni.

Quanto allo sviluppo dell'autonomia legislativa abbiamo ribadito il nostro dissenso sull'impianto delineato nel documento finale. Dissenso che avevamo già esplicitato nella seduta del 24 marzo e qui ricordo le parole di Riccardo Dello Sbarba che diceva "ogni passo verso una maggiore autonomia, quindi verso un trasferimento di più poteri sulla Provincia, che è auspicato, deve corrispondere all'interno della Provincia alla democratizzazione dell'autonomia, alla creazione di contrappesi, di situazioni di controllo, cioè ad un sistema complesso di autonomia dentro l'autonomia e deve corrispondere alla riduzione dei meccanismi di separazione fra i gruppi linguistici".

In sintesi la proposta che noi abbiamo fatto nella relazione di minoranza prende posizione sul documento finale ribadendo che quella proposta, quell'impianto sull'ampliamento dell'autonomia legislativa non è concretamente realizzabile nel contesto generale istituzionale in cui la nostra autonomia opera e si colloca e per noi anche questa è stata un'occasione persa, per l'obiettivo che abbiamo in comune di consolidare e di ampliare la nostra autonomia legislativa.

Quanto alle norme di attuazione il documento finale attribuisce un ruolo direi di primissimo piano alle norme di attuazione, ma non ha preso in considerazione l'ipotesi di rendere più trasparente il loro iter di approvazione secondo la proposta da noi più volte avanzata e che ad esempio la Consulta di Trento ha seguito nel documento preliminare. Più volte noi abbiamo detto che l'interesse a preservare la natura pattizia di tali norme non viene meno e comunque non deve prevalere sulla richiesta di maggiore trasparenza e di un chiaro mandato democratico.

Infine, quanto alla nomina dei giudici del TAR, abbiamo voluto riproporre nella relazione di minoranza questa questione a noi cara e che a nostro avviso non è stata superata dalla norma di attuazione varata

quest'anno, che prevede quantomeno una procedura di selezione prima della nomina politica. Noi riteniamo infatti che almeno la metà dei giudici del TAR – abbiamo proposto – debbano essere scelti tramite un concorso pubblico locale, ci pare che questo sia importante per un'autonomia matura e moderna, improntata a criteri di trasparenza e separazione dei poteri. Queste sono in sintesi le proposte che abbiamo presentato nella nostra relazione di minoranza a giustificazione della relazione stessa.

TONIATTI Roberto: Io nella relazione, che immagino qualcuno avrà letto o almeno scorso, mi sono soffermato su alcuni punti e la premessa di metodo che ho voluto precisare riguarda quello che io continuo a considerare lo stravolgimento del metodo del consenso. A mio giudizio questo documento – come voi sapete ne sono coautore convinto e responsabile – è altra cosa rispetto a quello che la legge istitutiva aveva previsto che venisse prodotto. In altre parole nel documento finale ci sarebbe dovuta essere solo la materia sulla quale si è manifestato il consenso e invece è stata, credo corretto, anche se lesivo della lettera della legge, incorporata la pluralità delle posizioni che sono emerse, quindi testimoniare la ricchezza del dibattito e della varietà delle posizioni. Forse da questo punto di vista o la legge è stata poco attenta nel prescrivere il metodo del consenso, oppure noi siamo stati forse più realisti nell'andare oltre il metodo del consenso. Rimane il fatto che sull'autodeterminazione non c'era il consenso, la relazione di minoranza avrebbe dovuto farla chi sostiene il principio di autodeterminazione e invece chi è contrario alla proposta di prevedere il diritto all'autodeterminazione si è trovato a dover fare la relazione di minoranza. Questa è la premessa sul metodo, questo è stato l'andamento, siamo tutti persone di buon senso, persone di mondo, come si suol dire, e quindi accettiamo che la prassi abbia prevalso ragionevolmente sulla lettera della legge. Gli altri due punti sui quali ho sentito l'esigenza di manifestare il mio dissenso riguardano il richiamo alle radici cristiane, esattamente per i motivi per i quali invece il presidente Bizzo ha detto che bisogna prendere molto sul serio. In altre parole le radici fanno parte della testimonianza storica, sono un dato oggettivo e non mi spaventa, quello che a me spaventa è l'albero, cioè la possibile applicazione delle radici cristiane in senso oppositivo rispetto a politiche pubbliche, che a mio giudizio devono essere quantomai laiche e nel documento mi sono riferito espressamente alle politiche per la famiglia, che includono ampie fette di politiche sociali, mi sono riferito al finanziamento della ricerca scientifica, che non dovrebbe essere subordinato alla corrispondenza fra i progetti di ricerca scientifica e canoni religiosi confessionali, non parlo di canoni etici, parlo di canoni religiosi, professionali dettati da un apparato gerarchico. Il terzo settore al quale mi sono riferito la momento mi sfugge, ma poco male. Siccome conosciamo anche quanto spesso ci si awalga del fattore confessionale

per esprimere l'opposizione a determinate materie, temo che questo si possa riproporre anche nella legislazione di questa Provincia autonoma.

Per quanto riguarda il secondo tema, l'autodeterminazione, anche qui ho posto in primis una questione se volete procedurale che è più rivolta alla presidenza e cioè, come è stato detto anche più di una volta nel corso dei dibattiti, almeno da quando io sono stato chiamato a partecipare ai lavori della Convenzione, è stato detto che la questione è irricevibile, perché non conforme alle finalità istituzionali della Convenzione previste dalla legge istitutiva, che sono finalità di revisione dello Statuto e cito anche alcuni passaggi della legge. Evidentemente autodeterminazione non è revisione di uno Statuto di autonomia speciale, è qualche cosa di più, sicché da questo punto di vista mi sono sentito in dovere di fare una relazione di minoranza proprio perché questo tema, o la proposta di trattare questo tema, o meglio ancora la proposta di inserire questa proposta nel documento finale è, a mio giudizio, irricevibile. Mi sono opposto poi anche per un altro motivo, perché a me sembra che questo richiamo sia inutile e addirittura dannoso rispetto alle prospettive di quella che io chiamo la logica negoziale. Può non piacere ma rimane il fatto che la legge istitutiva prevede che questo documento finale venga inviato anche al Consiglio provinciale di Trento, presidente mi sembra che Lei almeno nella traduzione non lo abbia menzionato, nella presentazione che ha fatto oggi, e venga presentato anche al Consiglio regionale. Questo che cosa vuol dire? Vuol dire che questi lavori sono posti alla base di una, ripeto, logica negoziale che deve portare ad un'intesa tra Trento e Bolzano, direi su base bilaterale, che poi deve essere registrata nel parere della Regione e a quel punto comincia il bello perché la logica negoziale si ripropone nei confronti dell'istituzione dello Stato italiano, in particolare del Parlamento, che deve approvare la legge costituzionale. In questo momento a me non interessa e non c'è scritto nella mia relazione di minoranza, affermare, contestare, negare il diritto all'autodeterminazione, mi interessa contestare l'opportunità politica e istituzionale di questo inserimento, perché incompatibile con la logica negoziale che questi lavori devono fare e io sono disposto a scommettere che se il Consiglio provinciale elaborerà un documento finale rispetto al quale avviare le trattative con Trento e poi con Roma, non vi sarà il riferimento al diritto all'autodeterminazione. Sono disposto, anche se è irrituale in una sede come quella della Convenzione, a fare delle scommesse e vediamo poi che cosa succederà, e vorrei sapere quanti dei sostenitori di questo riferimento sono disposti a mettere qualche cosa di sostanzioso su questo. Grazie della vostra pazienza e della vostra attenzione.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke Prof. Toniatti, Sie haben recht. Dieses Dokument und die Minderheitenberichte werden dem Landtag übergeben. Die Arbeit des Konvents ist damit

abgeschlossen, d.h. die politischen Verhandlungen, die es auf jeden Fall brauchen wird, beginnen erst dann. Es wird dann zwischen dem Südtiroler Landtag und dem Trentiner Landtag entsprechend gesprochen – ich weiß nicht welche Arbeitsgruppe diese Aufgabe übernehmen wird – es wird sicher eine spannende Herausforderung. Der nächste Schritt wird dann der Regionalrat sein. Der wird ein Dokument zu präsentieren haben, das nach Rom weitergeleitet wird. Auf jeden Fall werden wir unser Schlussdokument und die Minderheitenberichte auch nach Trient weiterleiten. Das ist selbstverständlich. ... Ja, es gibt einen Minderheitenbericht von Maurizio Vezzali. Nur wenn der Einbringer nicht anwesend ist, dann kann ich ihm auch nicht das Wort geben. ... Das ist mir nicht zur Kenntnis gebracht worden, dementsprechend steht nur ihm selbst das Recht zu, sein Papier kurz zu präsentieren. Wenn er nicht hier ist, ist das nicht möglich. Möchte jemand noch eine Stellungnahme abgeben, bevor wir dann abschließen? Bitte, Laura Senesi!

SENESI Laura: Come avevo detto già l'altra volta noi come CGIL, CISL e UIL non avremmo presentato una relazione di minoranza, abbiamo mandato però una nota scritta in cui diciamo che non condividiamo il documento finale che è uscito e per noi è stata un'occasione persa per modificare lo Statuto con una società che è cambiata rispetto al '72 e cambierà ancora, per cui speriamo che il Consiglio provinciale e poi il Consiglio regionale e poi ancora, siano un po' più lungimiranti.

SILVESTRI Alexandra: Nur zum besseren Verständnis. Claudio Corrarati und ich haben heute auch eine Stellungnahme gemacht, die wir dem Konvent bzw. dem Präsidium auch zur Kenntnis geschickt haben. Es ist kein Minderheitenbereich. Es war uns beiden als Vertreter der Wirtschaft wichtig, aufzuzeigen, welches die Themen waren, für die wir beide uns hier im Konvent eingebracht haben. Themen, die auch im gemeinsamen Abschlussdokument eingeflossen sind, was uns natürlich freut, dass sie eine breite Basis haben und mitgetragen werden. Die Themen betreffen in erster Linie die Europäische Union, also ein starkes Bekenntnis zur Europäischen Union. Insbesondere auch zur Europaregion Tirol/Südtirol/Trentino, die Stärkung Südtirols auch als Brückenfunktion zwischen Norden und Süden. Unser Anliegen war es auch und wir sehen es aus der täglichen Praxis, die Richtlinien der Europäischen Union zugeschnitten auf unsere Bedürfnisse hier umsetzen zu dürfen, das natürlich auch davon ausgeht, dass wir autonome Kompetenzen in möglichst vielen Bereichen haben. Eine autonome Kompetenz, die es ermöglicht Südtirol als Grenzland im Wettbewerb mit Betrieben aus den benachbarten Ländern bestehen zu können. Autonome Kompetenz, die nicht bedeutet, dass wir uns abschotten, sondern dass wir versuchen müssen, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein. Natürlich auch eine weitreichende Finanz- und Steuerautonomie, wir

haben auch in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet und unsere Vorschläge diesbezüglich eingebracht. Uns war es wichtig, dass wir diese Themen in das Dokument einbringen können und dass diese dann auch aufgenommen worden sind.

CORRARATI Claudio: Credo che Alexandra Silvestri abbia detto tutto il motivo e il contenuto di questa presa d'atto, una presa d'atto unita, dell'economia, che raccoglie più di 10 organizzazioni e rappresenta 58.000 aziende in Alto Adige per cui il documento che cita i temi già indicati da Alexandra Silvestri e comunque parla di un Alto Adige aperto e non chiuso, plurilingue e dove le eccellenze possano essere valorizzate. Da queste tre cose è chiaro che poi noi abbiamo usato il nostro modo di parlare, quello dell'economia, e si può rapportare su temi che magari hanno creato dissenso e consenso all'interno di questa Convenzione, che comunque ha portato la possibilità di rappresentare un'economia unita e questo credo che sia già un passo avanti rispetto a un po' di tempo fa.

PLONER Edith: Als Ladinerin, als Mitglied des Forums der 100 und des K 33 ist es mir ein Anliegen, dass die Themen der Ladiner zusammen gelesen werden, denn sie widersprechen sich nicht. Sie sind ein bisschen anders aufgefasst. Im Dokument des K 33 sind es eher die verfassungsrechtlichen Bestimmungen aber dass auch die anderen Ideen, die im Forum der 100 entstanden sind, zusammengeführt werden können, nicht im Dokument, einfach als Themen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann sind wir angekommen, wo wir den Auftrag vom Landtag bekommen haben. Wir als Präsidium bedanken uns bei euch allen für die gute Mitarbeit. Es war für jeden von uns eine wertvolle Zeit, die wir hier für Südtirol und die Menschen eingebracht haben. Ich bin froh darum. Ich wünsche allen eine schöne Sommerpause, gute erholsame Ferien, bis spätestens dann im September, wenn wir uns bei der Präsentation des Papiers und der Minderheitenberichte im Landtag sehen werden.

Christoph Perathoner möchte noch was sagen.

PERATHONER Christoph: Ich glaube, es ist obligat von uns allen. Du hast uns allen, den Experten und Expertinnen, den Übersetzern, den Technikern und allen anderen gedankt. Wir alle möchte auch ein großes Dankeschön dir und dem gesamten Präsidium aussprechen. Die Hauptaufgabe lag auch bei euch, alle drei zusammen habt ihr mit viel Geduld dazu beigetragen, dass wahrgenommen wird, dass dieser



Konvent sehr viel Positives, sehr viel Einiges hat und sehr viel was weitergetragen werden wird. In diesem Sinne war es ein Erfolg bzw. ist zum Erfolg geworden ist. Ihr habt auch gut harmoniert, nicht nur optisch, bildlich du als Hahn im Korb mit zwei schönen Frauen an der Seite, sondern ich glaube deine zwei Vizepräsidentinnen haben dich auch gefordert, haben mit dir auch diskutiert und dazu beigetragen, dass die Dialektik im Präsidium die war, die sie sein sollte. Deswegen, ein ganz großes Dankeschön dir, ich weiß, dass sehr viel Arbeit dahinter war, der Laura und auch meiner ladinischen Landsfrau Edith für die große Leistung. Ich würde sagen, die drei haben sich einen Applaus verdient.

Ore 19.15 Uhr

**Es haben gesprochen:
Sono intervenuti:**

BIZZO Roberto (8)
CORRARATI Claudio (15)
DELLO SBARBA Riccardo (7, 9)
DURNWALDER Luis (5)
HAPPACHER Esther (4)
HOCHGRUBER KUENZER Maria (8)
PERATHONER Christoph (16)
PLONER Edith (15)
POLONIOLI Laura (10)
SENESI Laura (14)
SILVESTRI Alexandra (14)
TONIATTI Roberto (12)
TSCHURTSCHENTHALER Christian (2, 5, 6, 7, 8, 14, 15)
WIDMANN Andreas (6)

